

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorherg. Gebühreneinsendung auf Postcheck. Alfred Kiebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionschf. Freitag

Bundesausschuß des ADGB. gegen die Leitsätze des Wirtschaftsbeirats

Die Leitsätze, in denen der Reichskanzler die von der Reichsregierung gezogene Schlussfolgerung aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats mitgeteilt hat, haben in den Reihen der arbeitenden Bevölkerung große Beunruhigung ausgelöst. Der Bundesausschuß des ADGB. nahm am 25. November den Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats entgegen und faßte seine Stellungnahme dazu in nachfolgender Entschliessung zusammen:

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats geben einseitig die von den Arbeitnehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Realstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preisenkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisauftrieb durch Hochschlüssel, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preisenkung

durch währungspolitische Mittel oder zwangsweisen Lohnabbau. Der rücksichtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisenelend geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiter notwendigen Preisenkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuß erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.

Tagung des erweiterten Vorstandes.

Der turnusgemäßen Sitzung des erweiterten Vorstandes, die am Sonntag, dem 22. November, in Berlin stattfand, fiel die Aufgabe zu, sich mit der allgemeinen Situation und der Lage unseres Verbandes zu beschäftigen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Resolution zur Abrüstungsfrage einstimmig angenommen. Anschließend daran richtete der Vorsitzende an alle Sitzungsteilnehmer die Aufforderung, mit allen Kräften für Unterstützung und Ausbreitung der Konfessionsgesellschaften und übrigen Arbeiterinstitutionen einzutreten.

Seinem Bericht über die Geschäftslage des Verbandes stellt Kollege Gerhardt ein Resumé über die allgemeine Wirtschaftslage voraus. Die Reichsregierung hält an ihrer Einstellung „Sentung der Löhne. Dann Abbau der Preise“ fest mit dem Ergebnis, daß die Arbeiter dabei die Leidtragenden sind. Die Handhabung des Schlichtungswesens unter Leitung des Reichsarbeitsministers Siegerwald wird immer untragbarer. Wenn für die Zukunft traffe Außenleiter nicht mehr mit einer Bindung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verbindlicherklärung zu rechnen haben, so stellt dies eine Gefährdung des ganzen Tarifgebantens dar.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter und sind die von unserem Verband betreuten Industrien und Gewerbe mit am schwersten getroffen. Zahlreiche Betriebe haben bereits ihre Tore geschlossen. Die Zahl der Beschäftigten geht immer mehr zurück, und auch von den noch in Arbeit Stehenden arbeitet bereits ein großer Prozentsatz verkürzt. Im Tapeziererberuf liegt die Produktion in den Großstädten völlig daneben, dagegen sind eine Anzahl von Stapel- und Einzelbetrieben in kleineren Orten der Provinz verhältnismäßig gut beschäftigt. Die Fahrzeugindustrie und die Dreibriemfabrikation sind von der allgemeinen Abwärtskurve überaus stark betroffen, ebenso die Lederwarenindustrie. Das Streben der Lederwarenfabrikanten, die Ausfuhr zu forcieren und wohl auch die verminderte Kaufkraft der Gesamtbevölkerung im Reich, hat zur Folge eine Umstellung der Produktion auf billigere Artikel. Als Begleit-

erscheinung sehen wir, besonders im Offenbacher Industriegebiet, eine starke Abwanderung der Fabrikation in die Heimarbeit.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist es uns gelungen, auch in dieser harten Zeit die Tarifverträge zu halten. Nicht zu verkennen war, daß in mehreren Fällen bei Neuabschluss von Mantelverträgen verschärfte Abstriche hingenommen werden mußten. So sind im Treibriemertarif an Stelle der Berufsferien Betriebsferien getreten. Im großen und ganzen haben wir das Tarifgebäude erhalten, und hat uns die Erfahrung gelehrt, daß auch in Zeiten des wirtschaftlichen Abstieges den Gewerkschaften die wertvolle Aufgabe zufällt, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Berufsangehörigen zu wachen, und können sich auch die einsichtigen Unternehmerkreise dieser Erkenntnis nicht verschließen.

Kollege Blume gab eine kurze Erläuterung der Veränderungen der Tariflöhne. In der Lederwarenindustrie vollziehen sich Umstellungen dahingehend, daß die Heimarbeit immer mehr um sich greift und damit eine Kontrolle des Arbeitsprozesses erschwert wird. Vom Vorstand ist angeregt worden, sich der Fachausschüsse zu bedienen, um wieder mehr Fühlung mit den Heimarbeitern zu erlangen. Die beteiligten Kollegentreife sollten sich mehr, als dies bisher der Fall gewesen ist, mit dieser Materie vertraut machen und Stellung dazu nehmen. Wenn auch festzustellen ist, daß für den weitaus größeren Teil der Kollegenschaft tarifliche Bindungen vorliegen, so müssen wir hinzufügen, daß es leider in mehreren Fällen nicht gelungen ist, bei Ablauf des alten Vertrages zu einem neuen Abschluß zu gelangen.

Bedenklich ist die Erscheinung, daß neuerdings Arbeitgeber dazu übergehen, sich tariflichen Bindungen durch Austritt aus der Unternehmerorganisation zu entziehen. Der Reichsarbeitsminister hat mehrfach die allgemeine Verbindlichkeit noch laufender Lohnabkommen deshalb aufgehoben, weil nach seinem Ermessen die darin festgelegten Lohnsätze zu hoch seien.

In der anschließenden Diskussion wandten sich alle Redner gegen die Vohipolitik der Reichsregierung. Die Verkürzung der Arbeitszeit müsse mit aller Energie erstrebt werden, um die Einstellung von neuen Arbeitskräften zu erzielen und so den Arbeitsmarkt zu entlasten. Bei den Linoleumlegern macht sich das reaktionäre Treiben des Linoleumtrusts fühlbar. Die Legefirmen verdrängen die Folgen davon auf die Linoleumleger abzuwälzen und gehen zu Lohndrückereien über. Auf dem Wege einer allgemeinen Umirage soll Klarheit über diese Vorgänge geschaffen werden.

Einstimmig war die Stellung aller Redner darin, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Verbandsmitglieder über die Krise hinweg an die Organisation zu fesseln und um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schützen. Der Offenbacher Vertreter war der Meinung, daß es irreführend sei, bei der gegenwärtigen Krise von einer Konjunkturkrise zu sprechen, der in absehbarer Zeit wieder ein wirtschaftlicher Aufstieg folgen müsse, wie wir das in früheren Fällen beobachtet haben. Es handle sich um eine Krise des Kapitalismus schlechthin und sei es deshalb Aufgabe der Gewerkschaften, zu einer Kursänderung zu kommen. Die Mitarbeit prominenter Führer des ADGB. im Wirtschaftsbeirat belaste die Arbeiterschaft auf das schwerste. Ihm wurde entgegengehalten, daß er die neuen Wege, die nach seiner Ansicht zum Ziele führen sollen, schon etwas deutlicher aufzeichnen müsse. Zumindest müsse ausgesprochen werden, was mit dem Generalstreik erreicht werden soll. Die Gewerkschaftsvertreter haben sich an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats beteiligt, um sich zu informieren und die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Selbst wenn es in Deutschland gelingen sollte, den Kapitalismus zu überwinden und durch den Kommunismus zu ersetzen, wäre damit nichts getan, solange die Verhältnisse in den übrigen Ländern bleiben wie bisher.

In seinem Schlusswort geht Kollege Gerhardt auf die gemachten Ausführungen ein. Die Regierung hat sich in der Frage der 40-Stunden-Woche völlig neutral verhalten und damit gezeigt, daß von ihr auf diesem Gebiet nichts zu erwarten ist. Wir

sehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß für die nächste Zeit die Verfürgung der Arbeitszeit unsere wichtigste Aufgabe darstellt. Da der weitaus größte Teil unserer Betriebe weniger als zehn Arbeitskräfte beschäftigt, kann die 40-Stunden-Woche für diese Betriebe nur auf dem Wege der freien Vereinbarung geregelt werden. Leider stoßen wir bei unseren Bestrebungen in dieser Zeit der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten. Die Einheitsfront der gesamten Gewerkschaften Deutschlands verantwortliche die freien Gewerkschaften, ihre Vertreter in den Wirtschaftsbeirat zu senden. Die Aussprache über den Vorstandsbericht hat ergeben, daß an der Tätigkeit ein abschließendes Urteil nicht gefällt werden konnte.

Kollege Riebel berichtete über die Auswirkungen der allgemeinen Arbeitslosigkeit auf die Finanzen des Verbandes. Auf der einen Seite sehen wir einen enormen Rückgang der Einnahmen aus Beiträgen, auf der anderen Seite ist die Zahl der Unterstügten sehr stark gestiegen. Die Einnahmen an Beiträgen und die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung haben in den elf Quartalen der letzten Geschäftsjahresperiode des Verbandes betragen:

Zeitraum	Einnahmen aus Beiträgen (Mio. M.)	Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung (Mio. M.)	Anteil der Gewerkschaften an der Unterstügung (in %) (Mio. M.)	Anteil der Gewerkschaften an der Unterstügung (in %) (Mio. M.)
1. Quartal 1929	257 655,90	115 090,10	12,4	44,7
2. - 1929	267 364,50	66 672,19	7,4	25,0
3. - 1929	276 474,15	88 251,17	9,8	31,9
4. - 1929	277 199,50	132 303,21	15,2	48,7
Zusammen	1 078 693,05	402 276,67	11,2	37,7
1. Quartal 1930	282 680,50	172 256,70	16,9	74,0
2. - 1930	220 545,30	117 981,29	12,8	53,0
3. - 1930	199 145,20	149 747,20	14,4	73,2
4. - 1930	192 127,90	189 868,30	14,1	98,5
Zusammen	841 508,70	628 853,40	14,4	73,9
1. Quartal 1931	152 661,90	158 363,50	16,6	103,7
2. - 1931	148 912,90	75 571,45	9,1	50,8
3. - 1931	131 914,70	113 570,83	12,8	86,1
Zusammen	433 489,50	347 505,80	13,3	80,2

Diese Belastung ist außerordentlich schwer und dürfte kaum mit einem baldigen Umchwung der Geschäftslage zu rechnen sein. Wir werden uns daher mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Unterstüfungslage in irgendeiner Form einzuschränken ist. Es entsteht für uns die Frage, ob wir schon jetzt Beschlüsse fassen oder ob wir das dem Verbandstag überlassen wollen. Kollege Gerhardt regt an, vorläufig von einer Kürzung abzusehen, um unsere Mitglieder, soweit es in unseren Kräften steht, über den kommenden harten Winter hinwegzuhelfen. Mit allen gegen eine Stimme erhält der Hauptvorstand die Vollmacht, im eintretenden Notfall eine angebrachte Neuregelung der Unterstüfungslage vorzunehmen.

Zur Invalidenunterstützung berichtet Kollege Gerhardt, daß dieselbe sich infolge der allgemeinen Arbeitslosigkeit immer mehr in eine Altersunterstützung umwandelt. Wir müssen das Statut nach seinem Wortlaut auslegen. Die Invalidenunterstützung sollte ihrem ganzen Wesen nach eine Altersunterstützung sein, dazu ist schon die finanzielle Basis zu klein. Eine ärztliche Befestigung der Invalidität ist deshalb unentbehrlich.

In der Debatte wird anerkannt, daß gewisse Vorkehrungsmaßnahmen angebracht sind, da wir die Verpflichtung haben, auch dem Teil der Mitglieder die Unterstüfung zu sichern, der zurzeit die Invalidenunterstützung durch seine Beiträge finanziert. Um den Gedanken der Invalidenunterstützung aufrechtzuerhalten, wird beschlossen, im § 32 Absatz 2 des Verbandsstatuts nachstehende Bestimmung einzufügen:

„Mitglieder über 65 Jahre erhalten die statutarische Invalidenunterstützung erst dann, wenn sie vom Gewerbeamt oder dgl. arbeitsunfähig geschrieben sind und die statutarischen Mindestbestimmungen erfüllt haben.“

Zur Gehaltsregelung der Angestellten liegen vier Anträge vor. Ein Vorschlag des engeren Vorstandes, der sich auf einer mittleren Linie bewegt, schlägt einen freimütigen Verzicht von einem Gehaltsteil des bisherigen Gehaltes vor. Der größte Teil der Angestellten des Verbandes ist diesem Vorschlag beigetreten. Die Lösung der Gehaltsfrage wird mit Mehrheit akzeptiert. Beim Eintritt weiterer Verschärfungen der allgemeinen Lage soll erneut zu dieser Angelegenheit Stellung genommen werden. Durch diesen Beschluß sind die übrigen zu dieser Frage vorliegenden Anträge als erledigt zu betrachten.

Die Verwaltungsstelle Leipzig hat den Antrag gestellt, daß Kleinmeister nicht mehr Mitglieder des Verbandes sein können. Kollege Gerhardt trägt den

Beschluß des Hauptvorstandes in dieser Sache vor und betont, daß dieser Antrag abgelehnt wurde, da es sich hauptsächlich um solche Kollegen handelt, die durch die jetzigen Verhältnisse zwangsläufig selbstständig werden müssen. In den Fällen von Kleinmeister, die noch Mitglieder unseres Verbandes sind, sich unkollegial verhalten, ist es jederzeit in die Hand der Organisation gegeben, derartige Elemente auszuschalten. Eine Entgegnung in dieser Angelegenheit ist in Nr. 46 unserer Zeitung erschienen, die als Begründung der Stellungnahme unsererseits gelten kann. Der Antrag Leipzig wird abgelehnt.

Eine sehr lebhaftige Debatte entpinnst sich darüber, ob auch in diesem Jahr, wie es im Vorjahr der Fall gewesen ist, eine Weihnachtsunterstützung an erwerbslose Mitglieder gegeben werden soll. Anträge aus dem Reich liegen nach dieser Richtung nicht vor. Auch der Hauptvorstand hat keinen Plan unterbreitet, weil die Arbeitslosigkeit so groß ist, daß beim besten Willen von einer nennenswerten Unterstüfung nicht die Rede sein kann. Zwei Drittel aller Verbandsmitglieder sind zurzeit arbeitslos oder Kurzarbeiter. Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Zahlen noch wesentlich erhöhen. Ein Antrag, in diesem Jahre eine Weihnachtsunterstützung mit wesentlich niedrigeren Unterstüfungssätzen wie im Vorjahre auszugeben, findet nicht die ausreichende Unterstüfung.

In seinem Schlußwort unterstreicht der Vorsitzende nochmals, daß der erweiterte Vorstand während des Verlaufs der Tagung jederzeit befreit war, das Wohl der Organisation voranzustellen.

Bundesausschuß gegen Wirtschaftsbeitrag

Die Beschlüsse, in denen das Ergebnis der Arbeiten des Wirtschaftsbeirats zusammengefaßt sind, umfassen eine Reihe wichtiger Fragen. Der Sinn der in Aussicht genommenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen soll sein:

„Zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit und der anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft in weitem Maße an die teils durch die Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisentwertungen auf dem Weltmarkt und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen, unter Abstimmung der einzelnen Aufwendungen und Werte aufeinander.“

Wie sich die Reichsregierung diese Abstimmung vorstellt, zeigen die einzelnen Positionen der Beschlüsse: Ablehnung jeglicher Maßnahmen inflationistischen Charakters.

Neuregelung der in Deutschland inoffizierten Kredite hinsichtlich Verzinsung, Amortisation und Sicherstellung.

Balrige und klare Regelung des Verhältnisses zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem.

Herabsetzung der Preise um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden.

Senkung von Löhnen und Gehältern und Auflockerung der Tarifverträge, um der bedrängten Lage der Wirtschaft (zu der anscheinend die Arbeitnehmer nicht zugerechnet werden. Red.) Erleichterungen zu verschaffen.

Durchführung aller notwendigen Kreditmaßnahmen im Rahmen der Organisation der Reichsbank.

Anstreben der Senkung des Zinsfußes für die gesamte deutsche Wirtschaft.

Anstreben der Senkung der öffentlichen Preistarife — Verkehrswesen, Gas, Elektrizität usw.

Stärkung der öffentlichen Kreditinrichtungen im Interesse einer ausreichenden Versorgung der mittleren und kleineren Unternehmungen.

In der letzten Tagung des Bundesausschusses des DGB, erstatteten die Genossen Graßmann und Eggert Bericht über die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat.

Graßmann betonte einleitend, daß der Wirtschaftsbeirat infolge seiner unparteiischen Zusammenfassung — 20 Vertreter der Industrie und Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks und nur sechs Vertreter der Arbeiter und Angestellten — selbstverständlich gar nicht in der Lage war, Beschlüsse zu fassen. Die Beschlüsse, die der Reichsanwalt in der Schlußfassung des Wirtschaftsbeirats vortrug, sind daher in keinem Sinne Beschlüsse des Wirtschaftsbeirats, sondern Forderungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats gezogen hat. Weber die Vertreter der Gewerkschaften, noch auch, sicherem Vernehmen nach, gewisse Vertreter anderer Wirtschaftskreise dächten daran, ihre Unterschrift unter diese Beschlüsse zu setzen.

Graßmann gab dann in großen Zügen einen Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats, der ein anschauliches Bild von den unvereinbaren sächlichen Gegensätzen bot, die im Laufe der Beratungen klar zutage traten. Während sich z. B. der Mittelstand (Handwerk und Kleinhandel) im

eigenen wohlüberlegten Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandten, bekannte sich die Industrie, unter dem kühnen Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten, mit größter Entschiedenheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter. Die Lohnsenkung sei um so eher zu vertreten, als eine Vorleistung der Preise bereits erfolgt sei: Schon seit geraumer Zeit sei ein Abinken der Preise festzustellen. Die Löhne seien überdies in den meisten Konkurrenzländern niedriger als in Deutschland. In den Ländern, die bisher günstiger gestellt gewesen seien, sei aber durch die Abkehr von der Goldwährung ein Sinken der Löhne zu erwarten. Die Tarife müßten so gestaltet werden, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich den Erfordernissen der Wirtschaft leichter angepaßt werden könnten. Unvermeidlich sei auch der Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang.

Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten haben entschieden und im großen und ganzen durchaus einheitlich die Auffassung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. Jede weitere Schwächung der Kaufkraft müsse im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen auf das schärfste bekämpft werden.

Anschließend ergänzte Eggert den Bericht Graßmanns durch folgende Ausführungen. Zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat muß die gesamte wirtschafts-, finanz- und reparationspolitische Situation Deutschlands berücksichtigt werden. 25 an der Weltwirtschaft beteiligte Länder haben ihre Währung vom Golde losgelöst. Der Zusammenbruch des englischen Pfundes bedeutet eine verschleierte Lohnsenkung für die englische Arbeiterschaft. Wenn die englische Inflation nicht weiter fortgeschritten ist, so liegt es daran, daß England in größerem Umfang Ansprüche gegenüber dem Ausland hat als Schuldverpflichtungen. Deutschland dagegen hat nur Goldschulden an die Welt in Höhe von etwa 28 Milliarden und so gut wie keine Ansprüche. Luther hat sich mit äußerster Energie gegen den Gedanken einer neuen Inflation gewandt. Es würde sofort ein Run auf die Banken einleiten. Der Kampf um diese Frage endete im Wirtschaftsbeirat daher mit einer Zustimmung von Krediten, wenn konkrete und sichere Aufträge vorliegen.

Die Regierung schätzt den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf 70 Proz. Nicht nur in der Konsumindustrie, auch in der Produktionsindustrie mangelt es an Absatz. Demgegenüber wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die deutsche Ausfuhr verwiesen, die weder mengen- noch wertmäßig einen nennenswerten Rückgang aufweist. Auf diesen Einwand wurde geantwortet, das treffe nur für die Zeit vor dem Pfundsturz zu.

Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes. Bis zu einem gewissen Stadium der Verhandlungen schien auch bei manchen Persönlichkeiten der gegnerischen Seite Verständnis für diese Aufgabe zu bestehen. So wurde z. B. von schwerindustrieller Seite erklärt, daß die Preisentwertung für Eisen und Kohle der Lohnsenkung prozentual entsprechen müsse. Indessen ist die Preisentwertung dieser Erzeugnisse wie die Senkung der Kartellpreise ist nach Auffassung der Gewerkschaften für die Lebenshaltungskosten fast bedeutungslos. Es kommt darauf an, die überhöhten handelspreisen zu verringern, da die Landwirtschaft nur auf wenigen Gebieten eine Preisentwertung vornehmen kann.

Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärte die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, daß man entweder bei der Festsetzung der Löhne auf den Stand des Lohnes eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen oder die Parteien zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse, und wenn keine Verhandlung erzielt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeiführen müsse. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, daß keine bindenden Abmachungen über die Lohnbedingungen treffen könnten, das sei Aufgabe der Verbände.

Die Kontroversen im Wirtschaftsbeirat haben gezeigt, daß die Anwesenheit der Vertreter des DGB zur Abwehr der Unternehmerpläne notwendig gewesen ist.

Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der einmütigen Überzeugung sind, daß der von der Regierung in der Erklärung des Reichskanzlers vorgezeichnete Weg unter keinen Umständen beschritten werden darf. Er führt unvermeidlich zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und einer Zuspitzung der politischen Situation. Die Entschleunigung setzt das Ergebnis der Aussprache zusammen und wurde vom Bundesausschuß einstimmig angenommen. Wir bringen diese Entscheidung auf der ersten Seite zum Ausdruck.

Kommt in England die Fünftagewoche?

Das Wochenorgan des britischen Gewerkschaftsbundes sagt in einer Betrachtung der Umstellungen, die sich auf dem Gebiet der Arbeitszeit vollziehen: „Es zeigt sich deutlich, daß sich die Fünftagewoche allmählich als permanente Arbeitsmethode einbürgert.“ Ein anschauliches Bild der allgemeinen Tendenz der Entwicklung zur Fünftagewoche ergibt sich aus einer Aufzählung, die die Fabrikinspektion in verschiedenen Teilen des Landes in einzelnen Betrieben gesammelt hat. Insgesamt wurden 671 Betriebe von 634 Firmen mit 83 136 Arbeitern erfaßt. Eine Prüfung der Zahl der Arbeitsstunden bei Einhaltung der Fünftagewoche ergibt, daß in 25 Proz. dieser Unternehmen 45 Stunden pro Woche bzw. durchschnittlich 9 Stunden pro Tag gearbeitet wird. In 64 Proz. der Fälle schwankt die Arbeitszeit zwischen 47 und 48 Stunden. In 48 Betrieben (darunter 43 Betriebe, in denen nur Männer beschäftigt sind) beträgt die Arbeitszeit mehr als 48 Stunden pro Woche, in 25 Betrieben weniger als 45 Stunden. In 5 Betrieben steht die 40-Stunden-Woche in Kraft. In der Mehrzahl der Fälle wurde die Fünftagewoche ohne Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit eingeführt.

Was die allgemeinen Auswirkungen der Praxis der Fünftagewoche betrifft, so werden verschiedene nachgeprüfte Fälle gemeldet, laut welchen in Betrieben, wo die Fünftagewoche ernsthaft eingeführt worden ist, die Produktion stieg. Der Bericht der Fabrikinspektion bezeichnet es als eine allgemeine Feststellung, daß die Fünftagewoche für Unternehmer und Arbeiter Vorteile bietet. Wie in Amerika, so lassen sich auch in Großbritannien diese Vorteile für den Unternehmer wie folgt zusammenfassen: Herabsetzung der Kosten, Möglichkeiten für den gründlichen Unterhalt sowie die Reinigung und Reparatur der Anlagen, schnellere Belieferung der Kunden, geringere Arbeitsüberläumdung und intensivere Arbeitsleistung. Für den Arbeiter ergeben sich ein längeres Wochenende, bessere Möglichkeiten für körperliche und geistige Erleichterung, Ersparrung von Spesen (Fahrtgelder, Mahnzeiten außerhalb des Hauses) usw. Interessant ist auch, daß die Fünftagewoche in den neueren Industrien im Süden des Landes besser Fuß gefaßt hat als in den alten Unternehmen.

Die Schutzzöllner gewinnen in England immer mehr die Oberhand. Die Zollmauern gegen fremde Waren steigen und die Schwierigkeiten für deutsche Arbeiter nach dort überzusiedeln und in Arbeit zu treten sind schon zurzeit beinahe unüberwindbar.

Der Vollständigkeits halber wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß es sich die Arbeitgeberpresse bei dieser Frage nicht verhehlen kann, eine Lønse für weitere Senkung der Lønse schon viel zu niedrigen Arbeitslønne zu brechen.

Englands Abkehr vom Freihandel.

Bis zuletzt konnte England noch als ein Freihandelsstaat angesehen werden. Zwar bestanden in England auch in der Vorkriegszeit schon Finanzzölle. Diese wurden aber nicht zum Schutz einer inländischen Produktion, erhoben, sondern dienten als Einnahmequelle dem Staat oder dem Ausgleich inländischer Verbrauchssteuern. In der Nachkriegszeit wurden einige Duzend Waren mit hohen Zöllen belastet. Der größte Teil der Einfuhr, darunter die von Lebensmitteln, blieb trotzdem von Zöllen befreit. An sich brauchten auch die neuen Schutzzölle noch nicht als die endgültige Abkehr Englands vom Freihandel angesehen zu werden. Denn die neuen Schutzzölle wurden ausdrücklich als Notmaßnahmen bezeichnet, und ihre Geltung wurde auf sechs Monate begrenzt. Die Entwertung des Pfundes erschwerte schon die Einfuhr nach England, da die Erlöse in den Ausfuhrländern dadurch um ein Viertel gegenüber der Zeit vor der Geldentwertung sanken. Trotzdem trat die von der Pfundentwertung erwartete Besserung der Handelsbilanz nicht in Erscheinung. Ins Parlament wurde nämlich eine gewaltige konservative Mehrheit gewählt, die sich den Schutzzöllen verschrieb. Die inländischen Produzenten und Händler erwarteten daher die baldige Einführung von Schutzzöllen, und in dieser Erwartung deckten sie sich mit zollfreien Waren in großem Umfang ein. Um dieser Voreindeutung Einhalt zu gebieten, wurde das neue Zollgesetz angenommen, das die Regierung ermächtigt, Zölle bis zu 100 Proz. des Wertes auf die Einfuhr von Waren, die ganz oder überwiegend Fertigprodukte sind, zu erheben. Der Handelsminister hat auf Grund dieser Ermächtigung bereits eine große Anzahl von Waren mit einem Zollfuß von 50 Proz. belegt. Darunter befinden sich auch Waren, die bereits mit einem Zoll von 33 Proz. belastet waren und deren Zölle jetzt auf 50 Proz. erhöht wurden. Die Zollliste enthält 23 Klassen und führt in jeder Klasse zahlreiche Artikel auf. Das Gesetz selbst wird als ein „Zollgesetz gegen übermäßige (abnormale) Einfuhr“ bezeichnet. Seine unmittelbare Wirkung wird die außerordentlich starke Einkchrumpfung der Fertigwareneinfuhr sein, vor allem zu Lasten Deutschlands und Frankreichs.

Die vorübergehende Einführung von Industriezöllen ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Auftakt für den Uebergang zum Hochschuttsystem. Starke Kräfte drängen dazu, den Kreis der vorübergehenden Zölle zu erweitern, ihn auf Grundstoffe wie Eisen und auch auf Lebensmittel auszudehnen. Diese Kräfte wirken auch in der Richtung, daß die vorübergehenden Zölle, wenn auch in veränderter Form, nach Ablauf des sechsmonatigen Termins in dauernde echte Schutzzölle umgewandelt werden. Im Parlament ist es eine 300köpfige konservative Gruppe unter Leitung von Sir Henry Page Croft, die die Regierung zur Einführung von echten Schutzzöllen drängt. Diese Gruppe macht eine starke Propaganda für den Schutz Zoll, um den Gedanken der Vorzugsbehandlung der englischen Dominions gegenüber anderen Ländern zur Geltung zu bringen. Vorzugszölle zugunsten der Dominions setzen aber einen allgemeinen Zolltarif, vor allem auch auf Lebensmittel, voraus. Da diese Propaganda den Arbeitslosen Beschäftigung verspricht, hat sie auch unter der Arbeiterklasse viele Anhänger. Zwar ist die Arbeitsbeschaffung mit Hilfe des Schutzzölles mehr als zweifelhaft, da sie die englische Ausfuhr sowohl durch Erhöhung der Produktionskosten wie durch Schwächung der Kaufkraft des Auslandes erschwert, zwar werden die Lebenshaltungskosten durch die Schutzzölle gesteigert, trotzdem findet die Schutz Zollpropaganda in der Krisenzeit einen günstigen Boden. Unter solchen Umständen hat man allen Grund anzunehmen, daß England die neuen Zölle nicht abzubauen wird. Es ist viel leichter, Zölle einzuführen, als diese abzubauen, nachdem sich die Produktion auf die neuen Zölle eingestellt und das Staatsbudget die neuen Zolleinnahmen in Rechnung stellte. Möglicherweise wird es, wenn der Ministerpräsident MacDonald den konservativen Schutzzöllenwünschen nicht nachgibt, eine Regierungskrise geben, und es müssen dann Neuwahlen stattfinden. Als einzige Möglichkeit, die Umwandlung der vorübergehenden Zölle in dauernde Schutzzölle zu vermeiden, erscheint der Zollabbau in den wichtigen Ländern, mit welchen England einen starken Wirtschaftsverkehr unterhält, wie Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten. Würden diese Länder den Abfall

englischer Waren durch Zollabbau erleichtern, so könnte England von der Einführung dauernder Schutzzölle noch Abstand nehmen. Gegenwärtig geschieht jedoch das Gegenteil davon. Gleichzeitig mit England und zum Teil auch als Antwort auf die englischen Zölle verkehrten die anderen Länder ihre Zolltarife. Es muß bemerkt werden, daß die Länder im letzten Augenblick noch eine radikale Wendung ihrer Handelspolitik eintreten lassen. So leitet das neue englische Schutzgesetz einen weiteren Kampf aller gegen alle und den weiteren Schrumpfungsvorgang des Welthandels ein.

ADGB. gegen Nacharbeit in den Großbäckereien.

Der Bundesausschuß des ADGB. hat in seiner letzten Sitzung in folgender Entschließung Stellung zu der geplanten Aufhebung des Verbotes der Nacharbeit in den Bäckereien genommen:

„Der Bundesausschuß des ADGB. erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbotes der Nacharbeit in den Bäckereien.

Durch die Zulassung der Nacharbeit in wenigen Großbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über 90 Proz. der Brotverjorgung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und unwiderprochen nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zertrümmerung eines hochwertigen Arbeitsschutzgesetzes kann eine Preisermäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überspannten Zölle auf Brotgetreide.“

Berichte aus den Verwaltungsstellen

25 Jahre Jahrliste Ansbach. In diesem Jahre kann die Jahrliste Ansbach auf ein 25jähriges Bestehen und drei Mitglieder derselben auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserem Verbands zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand am 21. November den Zeitverhältnissen entsprechend eine feierliche Feier in Form einer Mitgliederverammlung statt. Gauleiter Kollege Böhner, der im Jahre 1906 dieses „Kind“ unseres Verbandes mit aus der Taufe hob, ließ es sich nicht nehmen, zur Geburtsstagsfeier anwesend zu sein. In einmündigen Ausführungen zeichnete er ein lebendiges Bild der Entwicklung unseres Verbandes in der letzten drei Jahrzehnten. Außerordentlich schwer waren die Kämpfe der Gewerkschaften in der Vorkriegszeit und unendlich mühselig wurde gerungen, bis die Gewerkschaften die Stellung von heute einnehmen konnten. Geachtet und verehrt in den Vorkriegsjahren, haben sich die Gewerkschaften zu einem Faktor entwickelt, der heute in Politik und Wirtschaft ein gewichtiges Wort mitzureden hat. All dies ist jenen namenlosen Kämpfern zu verdanken, die in vorbildlicher Weise ihren gewerkschaftlichen Organisationsaufgaben trotz schwarzer Listen, trotz Drohungen und Schikanen seitens des Unternehmertums jederzeit die Treue gehalten haben. Wenn heute trotz der Schwere der Wirtschaftskrise, für deren Bannung die Gewerkschaften die allein gangbaren Wege gezeigt haben, es den Scharführern noch nicht gelungen ist, neben rigorosem Lohnabbau auch noch das Tarifrecht zu zerbrechen und das Schlichtungswesen zu beseitigen, so ist das ausschließlich der Egidien der Gewerkschaften zu verdanken. Mag auch die Not der Zeit gegenwärtig noch so schwer sein und sich gerade in unseren Reihen die Wirtschaftskrise besonders katastrophal auswirken, wir haben den Glauben, daß wir auch diesen traurigen Zeitabschnitt durch unseren gewerkschaftlichen Kampf überwinden. Wir werden ihn überwinden, wenn jeder fest und treu zu unserem Verband steht, wie es die Jubilare der Ansbacher Jahrliste 25 Jahre getan und fernerhin tun werden. Mit dem Dank an die Jubilare, das sind die Kollegen Keller und Weber sowie die Kollegin Keller, und einem dreifachen Hoch auf diese und den Verband schloß Kollege Böhner seine Ausführungen. Sodann dankte der Vorsitzende der Jahrliste, Kollege Körner, namens der Jahrliste den Jubilaren, die, wie er ausführte, nicht für sich allein, sondern für uns, die jüngere Generation, durch ihre Treue zum Verbands wesentliche Errungenschaften mit erkämpften. Der beste Dank ist der, wenn wir heute geloben, es ihnen gleich zu tun und auch im Auge behalten, daß wir den Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse nicht um unserer selbst willen führen, sondern durch diesen sorgen wollen, daß unseren Kindern und Kindeskindern eine freiere, glücklichere Zukunft beschissen ist. Mit dem Wunsche, daß es den Jubilaren vergönnt sein möge, noch recht lange Jahre im Verbands mitzukämpfen, überreichte Kollege Körner jedem eine Urkunde sowie ein kleines Präsent. Nachdem Kollege Weber namens der Gelehrten den Dank zum Ausdruck gebracht hatte, fand der offizielle Teil der feierlichen Feier sein Ende.

Uebersiedlung deutscher Lederwarenfabriken nach England?

Bereits in der Nr. 45 unseres Verbandsorgans haben wir uns mit dieser Frage beschäftigt. Wlefach wurde angenommen, daß die geplante Uebersiedlung der Firma Walsall und Neß eine Einzelerleichterung bleiben werde. Gegen diese Auffassung spricht das Bekanntwerden von Bemühungen englischer Kommunen, die bestrebt sind, durch Heranziehen deutscher Lederwarenfabriken das Wirtschaftsleben ihrer Stadtgemeinde anzufurbeln. Einen derartigen Fall beleuchtet das Organ des Bundes Deutscher Lederwarenfabrikanten in seiner Nr. 47. Danach ist der „W.“ eine Infratenbestellung aus der englischen Stadt Walsall zugegangen, aus dessen Inhalt zu ersehen ist, wie geriffene Geschäftsmacher am Werk sind, um die gegenwärtige ungelückte Situation in England für ihre Zwecke auszunutzen. Die „W.“ hat die Aufnahme dieses Infrats im Anzeigenteil abgelehnt, bringt es jedoch in einem Artikel, der zu diesem Angebot Stellung nimmt, zum Abdruck. Der Inhalt des Infrats dürfte auch für unsere Kollegen vom allergrößten Interesse sein. Er lautet:

„Walsall“ (England)

„Die Stadt der Lederwarendindustrie“ bietet

Fabrikanten, welche den Wunsch haben in England ihre Fabrikation für den englischen kolonialen und auswärtigen Markt zu beginnen, außerordentliche Vorteile.

Tüchtige Arbeitskräfte, männlich und weiblich. Reichlicher Vorrat von Rohmaterialien.

Guter Transport. — Billige Betriebskraft.

Für Auskünfte bitte sich freundlichst an (folgt Adresse) zu wenden.

Angesichts der großen Arbeitslosigkeit in den Reihen der Portefeuller und Lederwarenarbeiter ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß in den Köpfen einzelner Kollegen der Gedanke aufsteigt: wäre es nicht möglich bei dieser Gelegenheit Arbeit zu erhalten und so aus dem ganzen Elend herauszukommen? Wir glauben nicht, daß derartige Gedanken viel Aussicht auf Verwirklichung haben. Es ist den Engländern bestimmt nicht darum zu tun, eine neue Industrie aufzubauen, um deutschen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, dazu ist die Arbeitslosigkeit in eigenen Lande viel zu groß. Sie wollen nur ihre erwerbslosen Volksgenossen unterbringen, daß sagt ja auch der Sach des Infrats: „Tüchtige Arbeitskräfte, männlich und weiblich.“ Die Engländer werden im Anfang einige Vorarbeiter zum Umlernen der einheimischen Arbeitskräfte in Kauf nehmen, im übrigen ist auf diesem Gebiet nichts zu erwarten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Vielefeld. Durch Vereinbarung der Tarifparteien wurde das bisherige Lohnabkommen bis zum 1. Januar unverändert verlängert.

Fahrzeugbranche.

Stettin. Bei der Firma Stöwer sind Differenzen ausgebrochen, die zur Arbeitseinstellung führten. Der Betrieb ist gesperrt, Zugang ferngehalten.

Jelm. Am 24. November wurde vor dem Schlichtungsausschuß Zeit für die Kinderwagenindustrie ein neuer Lohn vereinbart. Die Lohnregelung gilt vom 22. November bis zum 12. März 1932 und beträgt der Tarifmindestlohn 76 Pf.

Achtung!

Betriebsstatistik am 1. Dezember!

Zur Feststellung des Umfangs der zu unserer Organisation gehörenden Betriebe veranstaltet der Hauptvorstand eine allgemeine Erhebung. Ermittelt soll werden: die Zahl der vorhandenen Betriebe, ihre Verteilung auf die Branchen (Sattlereien, Tapezierergewerbe, Lederwarenbetriebe, Treibriemenfabriken, Fahrzeugbau, sonstige Betriebe) und die Zahl der beschäftigten Personen. Ferner soll ermittelt werden, wie sich die Beschäftigten auf die Betriebe verteilen (Betriebsgröße), ob Gehilfen und Arbeiter, Arbeiterinnen oder Lehrlinge, und das Organisationsverhältnis.

Erfahrt sollen alle Kollegen, Kolleginnen und Lehrlinge am Ort werden, soweit dieselben am Erhebungstag noch im Arbeitsverhältnis stehen. Bei gemischten Betrieben erstreckt sich der Fragebogen nur auf die zur unseren Verband in Betracht kommenden Abteilungen. Nicht miteingezählt wird das kaufmännische und technische Personal. Die am 1. Dezember 1931 erkrankten oder beurlaubten Personen sind mit in die Erhebung einzubeziehen. Arbeitslose dagegen nicht.

Der fertig ausgefüllte Ortsfragebogen ist bis zum 15. Dezember an die Hauptverwaltung zurückzusenden. Wir werden nach erfolgter Zusammenstellung des so gewonnenen Materials eingehend darüber berichten; auch soll das Resultat der Erhebung im Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1931 niedergelegt werden.

Größte Gewissenhaftigkeit bei Ermittlung des Materials und bei Ausfüllung des Fragebogens liegt darum im allgemeinen Interesse.

Weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit.

Nach dem neuesten Bericht der Reichsanstalt betrug die Zahl der Arbeitslosen im Reich am 15. November 1931 rund 4.844.000. Seit dem 1. November hat infolge Einstellung der meisten Außenarbeiten eine Zunahme von rund 220.000 stattgefunden. Die Zunahme in der gleichen Zeit des Vorjahres war um etwa 12.000 höher, wieweil der Stand der Arbeitslosigkeit damals um rund 640.000 niedriger lag.

Am 15. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1.248.000, in der Krisenfürsorge rund 1.883.000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; die Zunahme seit dem 1. November belief sich auf rund 63.000 in der Arbeitslosenversicherung, rund 33.000 in der Krisenfürsorge.

Von den am 31. Oktober 1931 gezählten rund 4.623.000 Arbeitslosen erhielten rund 17 Prozent wegen mangelnder Bedürftigkeit für Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung oder weil ihre Wartegeld für die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung noch tief oder aus anderen Gründen keine Unterstützung. Von den zu jenem Zeitpunkt unterstützten Arbeitslosen entfielen etwa 66 Prozent auf die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, etwa 34 Prozent auf die öffentliche Fürsorge.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Die Freireue gehen zum Gesamtverband. Nachdem sich die überwiegende Mehrheit der Verbandsmitglieder für die Verschmelzung ausgesprochen hat, tritt am 1. Januar 1931 die im Jahre 1889 ins Leben getretene Organisation der Freireuegenossen zum „Gesamtverband“ über. Diese kleine Organisation hat während der 42 Jahre ihres Bestehens den Kost- und Botschaftszwang bei den Meistern und die Sonntagsarbeit beseitigt, sie hat die lange Arbeitszeit an Wochentagen verläßt, kurzum die ganzen rüchständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen gründlich verbessert und tariflich geregelt. Die Organisation der Freireue wird auch nach der Verschmelzung als selbständige Gruppe ihre Berufsinteressen weiter vertreten können. Dabei ist zu erwarten, daß sie im Gesamtverband die nötige Unterstützung in den einzelnen Orten, ja selbst in einzelnen Betrieben, wie den Warenhäusern und Badeanstalten, findet, um sich künftig erproblicher zu gestalten.

Rundschau

Brennabor insolvent. Wie die Tagespresse berichtet, sieht sich die seit lediglich Jahren bestehende Auto- und Kinderwagenfabrik Gebrüder Reichstein, Brennaborwerke in Brandenburg an der Havel, infolge Illiquidität gezwungen, sich an ihre Gläubiger zu wenden. Die Verbindlichkeiten werden auf 12 bis 15 Millionen Mark geschätzt. Zunächst ist fast die ganze Belegschaft von 2500 Arbeitern entlassen worden. Von unseren Verbandsmitgliedern werden etwa 75 Kollegen und 25 Kolleginnen betroffen. Nur die wichtigsten in Arbeit befindlichen Stücke werden noch ausgearbeitet. Es ist anzunehmen, daß die Stadt Brandenburg, die so schon unter starker Arbeitslosigkeit leidet, Schritte unternimmt, um die Sanierungsversuche des Wertes zu fügen.

Eine Vierleimilardäre für Industrieaufträge. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat nunmehr dem Arbeitsbeschaffungsprogramm fertiggestellt, aus dem der deutschen Wirtschaft rund 250 Millionen Mark an Aufträgen zufließen sollen. In erster Linie sind notleidende Wirtschaftsbereiche zu berücksichtigen. Bei der Vergabe der Aufträge wird besonders darauf geachtet, daß das Handwerk und die Kleinindustrie besondere Berücksichtigung finden. Die Aufträge verteilen sich in folgender Weise: die Eisen- und Stahlindustrie erhält 51,5 Millionen Mark, der Maschinen- und Fahrzeugbau für Lokomotiven, Waggonen, Maschinen, Kessel um 59 Millionen Mark, die Industrie der Steine und Erden 16,5 Millionen Mark, das Baugewerbe 14,5 Millionen Mark, das Holzgewerbe 8,1 Millionen Mark, die Haut- und Abest.-Industrie 100.000 M. An zusätzlichen Lohnaufwendungen der Reichsbahn für den Oberbau, Einbau- und Werkstättenarbeiter stehen rund 15 Millionen Mark zur Verfügung.

Bücherchau

„Jahar“. Ein neuer Roman von Peter Freuchen. Der Noman der Fuchsgilde Gantenbergs führt die Felle in das Leben der Polarsterns. Ein Peter Freuchen, der Autor, ist ein geborener Felle. Vor fünf Jahren brachte er in Grönland zu und lernte die nördlichen Gebiete und deren Menschen gründlich kennen.

Er wählte die Form der Romane nur, um besser verstanden zu werden und mehr Leser zu finden und auch, weil ihm der Noman besser als die Wissenschaft abta. Kaufmännern an werden, die den Peter häufigsten abta. Peter Freuchen ist der Noman, die Freuchen den Inhalt seines Lebens gefunden hat. „Tess aber“, so schreibt Freuchen, „habe ich mich bemüht, nur was ich wirklich erlebte, zu schreiben und die Handlung auszufüllen“. Wie in allen seinen bisher erschienenen Büchern, von denen eins charakteristischweise „Die Nacht im weiche Land“ heißt, stellt Peter Freuchen auch in dem Roman „Jahar“ das Leben der Polarsterns dar. Es ist der große Wert dieses Buches, daß es uns Kenntnisse vermittelt, die nur ein Schriftsteller sein kann, der jahrelang unter den Menschen gelebt hat, die er beschreibt. Diejenige Schriftsteller, die an irgendeinem See in der Schweiz sitzen und Gedichte und Erzählungen über den Arbeiter im Aufzug und in Grönland und in Dänemark schreiben, diejenige Schriftsteller auch, die im Garten ihres Häuschens sitzen und sehr Beobachter glauben, bis ihnen etwas einfällt, diese alle mögen ihre Leute wie Freuchen und Frøen und wie sie alle hieher mögen, Nordla schreiben, weil das ja keine ernsthafte Literatur wäre, sondern banale Schilderung, aber unsere Zeit hat erkannt, daß es notwendig ist, Bücher zu lesen, die auf Tatsachen beruhen, Bücher zu lesen, die Kenntnisse vermitteln und Erkenntnis. Und Peter Freuchen, der so erlebten von sich sagt, daß er sich nur an das hält, was er erlebten hat, demselben es mit seinem Roman „Jahar“ heraus zu geben, damit die Zusammenhänge zugleich ein großer Schriftsteller sein kann, ein Richter, der mit Worten Mühe machen kann und der Empfindungen in seinen Leuten weckt, die zu den glücklichsten Reaktionen der Menschheit geboren.

„Die Seelenverfassung der Jugendlichen“. Zweite, durchgearbeitete und erweiterte Auflage. 60 Seiten. Berlin 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inoffiz. Ga. Vorkaufspreis 1 M., Organisationspreis 75 Pf.

Als Material für Jugendleiter der Gewerkschaften ist schon in zweiter, neu bearbeiteter Auflage eine Schrift des Berliner Gewerkschafts Dr. Ernst Haack über „Die Seelenverfassung der Jugendlichen“ erschienen. Die Verfasser haben in dieser Schrift weit über die Strik der gewerkschaftlichen Jugendleiter hinaus ernste Besorgung zu finden. Noman möchte wünschen, daß überhaupt jeder, der mit Jugendlichen zu tun hat, die von großer Sachkenntnis und tiefem Ernst getragenen Ausführungen des Arztes, Pädagogen und Sozialisten Haack liest. Der Verfasser bekennt sich nicht darauf, nur die Zusammenhänge zwischen der körperlichen und seelischen Reifung des heranwachsenden aufzuzeigen, er weiß auch Wege, wie Eltern, Erzieher und die Führer von Jugendgruppen die Entwicklung fördern können. Sympathisch berühren die offenen Worte Haacks in dem Kapitel „Jugendliche Sexualität und Erotik“, die mit jeder Betätigung des Geschlechtes verknüpfte Verantwortungsbewußtsein wird betont und dem auch unter jungen Menschen verbreiteten Aberglauben entgegengetreten, daß sexuelle Zurückhaltung gesundheitschädlich sei.

Wenn auch die Schrift nicht für die Jugend selbst geschrieben ist, so wird es doch nur begrüßt werden können, wenn sie vielen Jugendlichen in die Hand gegeben wird.

Karl Langeheinecke †

Am 25. November verstarb unser langjähriger Mitglied der Ortsverwaltung, **Leitender der Handwerkskammer, Kollege Karl Langeheinecke**, im Alter von 60 Jahren. Ein guter Freund und pflichttreuer Kollege ist mit ihm aus unsern Reihen gesehen. Ehre seinem Andenken.

Ortsverwaltung Hamburg.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 30. November bis 6. Dezember ist der 49. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine fünfundsingzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Ansbad.

Name	Brande	Eintritt
Keller, Martin	Kinderwagenfahler	17. 9. 06
Keller, Minna	"	30. 9. 06
Weber, Carl	"	11. 2. 06

Halle a. d. S.

Dietrich, Otto	Sattler	9. 8. 04
Thun, Paul	Tapezierer	18. 2. 05
Bitavec, Franz	Sattler	20. 9. 06
Flach, Franz	Tapezierer	22. 9. 06
Sammelmann, Paul	Tapezierer	17. 11. 08

Berichtarten pünktlich erledigen!

Alle Orte, die Berichtarten für November 1931 noch nicht erledigt haben, werden erucht, dieselbe bis spätestens zum 8. Dezember 1931 an uns einzusenden.

Braunschweig. Die Versammlung vom 6. November 1931 nahm folgenden Beschluß einstimmig an: „Jedes arbeitslose Mitglied ist verpflichtet, sich innerhalb acht Wochen einmal an jedem ersten Freitag im Monat in der Zeit von 19.30 bis 20 Uhr in „Stadt Heimstedt“ zwecks Abens der Anerkennungsarbeiten einzufinden.“

Wer dieses verjäumt, trägt die Verantwortung dafür selbst. Die Ortsverwaltung.

Gebundene Zeitungen 1931.

Wie alljährlich, so soll auch dieses Mal für die Verwaltungsstellen und sonstigen Interessenten die Verbandszeitung für das verlossene Jahr gebunden werden. Alle Ortsverwaltungen, die ihre Bestellung auf die gebundene Verbandszeitung noch nicht eingelebt haben, eruchen wir, das Verjäumte unverzüglich nachzuholen. Der gebundene Jahrgang kostet 3 M. Auch ist noch eine Anzahl gebundener Zeitungen älterer Jahrgänge vorhanden und abzugeben.

Gebundener „Weggenolle“ 1928—1929—1930!

Auf vielfachen Wunsch sind eine Anzahl „Weggenolle“ der letzten drei Jahrgänge eingebunden worden. Der Band kostet 1 M. Alle Ortsverwaltungen nehmen Bestellungen an, und eruchen wir darum, dieselben sofort an die Hauptverwaltung weiterzugeben.

Verjammlungskalender

Braunschweig. Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Braunschweig des Sattler-, Tapezierer- und Portefeulier-Verbandes am Freitag, dem 4. Dezember 1931, abends 8 Uhr, im Lokal „Stadt Heimstedt“, Schöppenstedter Straße. Tagesordnung: 1. Unsere Lohn- und Tarifpolitik in der Krise. Referent: Gauleiter Kollege Dregerius-Hamburg. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.

Halle a. d. S. Die fällige Monatsversammlung findet am Sonabend, dem 12. Dezember, im Gewerkschaftshaus statt. Um zahlreichen Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

Leipzig. Donnerstag, den 10. Dezember, 19 Uhr, im Volkshaus, Nebenaal links, Mitgliederversammlung. Tagesordnung:

1. Vortrag des Abteilungsleiters Than von der DAK über „Die Veränderungen in der Krankenversicherung“.
2. Situationsbericht. Vollzähligen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Sterbetael

Berlin. Am 22. November starb unser Kollege, der Sattler Georg Kuffler im Alter von 56 Jahren.

Am 23. November starb der Kollege, der Koffermacher Franz Klimke im Alter von 72 Jahren.

Beide Kollegen — Kuffler war 31 Jahre, Klimke 28 Jahre Mitglied — haben der Organisation durch lange Jahre die Treue gehalten.

Ehre ihrem Andenken!